Gemeinderat

Protokoll Nr. 5 / 2003

Datum 19. Juni 2003

Dauer 15.00 - 18.45 Uhr

Anwesend

Präsident Gieri Derungs

Mitglieder

Dorina Attinger-Vincenz	Emilio Arioli
Fred Bieler	Ernst Casty
Dr. Luca Tenchio	Fritz Imholz
Urs Schädler	Reto A. Lardelli
Peter Suter	Christina Bandli
Andrea Ullius	Rita Cavegn Hänni
Marco Willi	Beda Frei
Peter Zürcher	Thomas Hensel
Thomas Leibundgut	Anna Ratti
	Sandro Steidle

Stadtrat Stadtpräsident Christian Boner
Stadtrat Martin Jäger
Stadtrat Roland Tremp

Protokoll Stadtschreiber Markus Frauenfelder

Entschuldigt Barla Cahannes Renggli

Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 15. Mai 2003

2. Verwaltungsbericht und Jahresrechnung 2002 — Botsch. Nr. 32/2003
   a) GPK-Bericht zur Jahresrechnung 2002
   b) Bericht zu den hängigen Motionen und Postulaten

3. Teilrevision der Verordnung über die Schulzahnpflege
   (inkl. Bericht zur Motion Fred Bieler) — Botsch. Nr. 22/2003
   Bericht der gemeinderätlichen Vorberatungskommission

4. Schriftliche Anfrage Frau Cavegn Hänni betreffend
   Strassensanierungen in Chur; Beantwortung — Nr. 33/2003

1. Protokoll der Sitzung vom 15. Mai 2003

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt.

2. Verwaltungsbericht und Jahresrechnung 2002

Für die Beratung dieses Traktandums nehmen **Gion Foppa** und **Albin Bislin** von der Finanz- und Liegenschaftenverwaltung Einsitz.

a) GPK-Bericht zur Jahresrechnung 2002

Mit Botschaft Nr. 32/2003 beantragt der Stadtrat:

1. Der Verwaltungsbericht 2002 der Stadt Chur wird genehmigt.

2. Die Jahresrechnung 2002

mit einem Aufwand von	Fr. 295‘465'430.24
und einem Ertrag von	Fr. 296‘269'501.53
sowie einem Ertragsüberschuss von	Fr. 804'071.29

wird genehmigt.

3. Die Investitionsrechnung 2002 mit Nettoinvestitionen von Fr. 19'725'508.72 wird genehmigt.

- **Antrag** der GPK

Die GPK schliesst sich dem Antrag des Stadtrates zur Jahresrechnung an und beantragt zusätzlich, die in die Kompetenz des Gemeinderates fallende Nachtragskreditliste zu genehmigen.

Das sehr erfreuliche Jahresergebnis ist nach Einschätzung von **GPK-Präsident** Zürcher nicht nur auf die Mehrerträge bei den Steuern (Systemwechsel) zurückzuführen, vielmehr hätten auch ausserordentliche Gewinne der Privatwirtschaft sowie namhafte Buchgewinne aus Landverkäufen dazu beigetragen. Wolle man das Ziel einer kontinuierlichen Schuldentilgung erreichen, gelte es, der unguten Entwicklung auf der Aufwandseite Einhalt zu gebieten. Ihm scheine wichtig, zukünftig neben der Einführung neuer Gebühren auch den Gesamtaufwand der Verwaltung massvoll zu reduzieren.

Tenchio bringt seine Besorgnis zum Ausdruck ob der ohnmächtigen Gesetzeslage, die es praktisch verunmögliche, in finanzieller Hinsicht Enfluss auf den Kreis zu nehmen. Er richtet deshalb an den Stadtrat die Fragen, ob effektive Bestrebungen im Gange seien, die Kostenerweiterung seitens **Kreis** zu limitieren und ob der Stadtrat sich darum bemühe, die Gesetzeslage betreffend Mitspracherechte beim Kreis in finanzieller Hinsicht auszubauen.

Der **Stadtpräsident** bezeichnet die Rechnung 2002 als sehr erfreulich, meint aber, es bestehe kein Grund zur Euphorie. Die Sparübungen beim Kanton und die stagnierende Wirtschaft liessen für die städtischen Finanzen Ungutes erahnen. Es gelte, sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite den Hebel anzusetzen. Die Umsetzung des Postulats Suter sei im Gang. Zur Aufwandreduktion von 2 % gelte es aber anzumerken, dass vom Gesamtaufwand von 291 Mio. Franken lediglich rund 53 Mio. Franken kurzfristig beeinflussbar seien.

- Verwaltungsbericht

S. 5, von den Aufgaben eines Stadtpräsidenten: **Hensel** wünscht einen Ausblick zum Thema **Briefverteilzentrum**. Der **Stadtpräsident** erwidert, der Entscheid bei der Post sei gefallen, Zusagen über mögliche Kompensationen in Form von Ansiedlungen anderer Arbeitsplätze stünden jedoch noch aus.

Tenchio nimmt Bezug auf die Aussage des Stadtpräsidenten auf S. 5 zur **Brambrüeschbahn**. Medienberichten sei kürzlich zu entnehmen gewesen, dass für den Bau der Erneuerung 1. Sektion Finanzierungsprobleme aufgetreten seien. Es werde von Bürgschaften seitens der Stadt gemunkelt. An den Stadtrat ergeht die Frage, wie er sich zu solchen Begehrlichkeiten stelle. Der **Stadtpräsident** antwortet, dass Verhandlungen des Verwaltungsrates der Bergbahnen Chur-Dreibündenstein AG mit den Banken bezüglich Finanzierung im Gange seien. Die Variante Bürgschaft durch die Stadt sei von den Banken erwähnt worden, doch bedingte dies eine Volksabstimmung, da es sich dabei eigentlich um eine Ausgabe handle. Die andere Variante, dass die Stadt Chur Darlehensnehmerin wäre, komme für den Stadtrat nicht in Frage, weil die Stadt dann das ganze Risiko trüge, z.B. im Falle eines Konkurses. Der Stadtrat halte sich in dieser Sache ganz genau an den Initiativtext.

Zu den erwähnten, geplanten **Mitarbeitergesprächen** auf S. 26 fragt **Hensel**, ob dazu ein Konzept bestehe, wer in den Genuss einer Weiterbildung komme und ob die Unterlagen allgemein zugänglich seien. Der **Stadtpräsident** erwidert, es gebe zwei Bereiche der Weiterbildung, zum einen die Führungsausbildung, zum anderen die Weiterbildung des Personals. Letztere sei intensiviert worden, und man arbeite dort v.a. mit dem Kanton zusammen.

Zu den Personalkosten auf S. 37 meint **Lardelli**, die Wohnsitzzulagen gehörten abgeschafft; es sei ein Privileg, in dieser schönen Stadt zu wohnen. Der **Stadtpräsident** erwidert, das Thema werde im Rahmen der PVO-Revision behandelt.

Schädler stellt fest, dass die Auslastung der **Sportanlagen** massiv gesteigert werden konnte (S. 42/43). Seines Wissens sei die Skate-Area nicht mehr in Betrieb. Er wolle wissen, ob der Stadt dadurch Einnahmen entgingen oder umgekehrt Einsparungen erzielt werden könnten. Der **Stadtpräsident** erwidert, die Anlage werde auf Sparflamme betrieben. Der Inline-Skate-Boom sei vorbei, weshalb man aus Kostengründen nicht mehr investiere. **Lardelli** meint, die Anlage sei zu wenig attraktiv, eine Petition zum Thema Inline-Skate sei in der Pipeline.

Hensel empfindet die Bemerkung auf S. 48 „die auf der Gasse präsenten, mehrheitlich im Drogenhandel tätigen **Schwarzafrikaner**...“ als pauschale Vorverurteilung. Der **Stadtpräsident** erwidert, es handle sich dabei nicht um eine Geisteshaltung, sondern um eine Tatsache.

Willi stellt eine Frage zum **Drogenhandel** auf der Quaderwiese, was der Stadtrat zur Behebung dieser unsäglichen Situation unternommen habe. Der **Stadtpräsident** bestätigt diese Probleme. Die Kontakte zwischen Stadtpolizei und Schuldirektion seien intensiviert worden. Die Stadtpolizei habe den Auftrag, auf Klagen hin umgehend zu intervenieren.

Lardelli bemerkt zu S. 59, Schulzahnklinik, die Lehrpersonen müssten zur Durchführung der **Prophylaxe** angehalten werden, und Frau Ratti meint, die Prophylaxe *vor* der Schule müsse verbessert werden. Stadtrat **Jäger** erwidert, dass der neuen Leiterin die Prophylaxe ein grosses Anliegen sei und der Schuldirektor zudem eine entsprechende Weisung erlassen habe.

Lardelli möchte eine Info zur **Übertragung des Sozialdienstes** an den Kanton, insbesondere bezüglich Personalkosten und Schicksal der Sozialkommission. Stadtrat **Jäger** erwidert, die Übergabe des Sozialdienstes bedeute bei der Stadt den Abbau von 10,7 Stellen, der Kanton sei jedoch bereit, die betroffenen Mitarbeitenden zu übernehmen. Der bisherige Kantonsbeitrag habe in keiner Weise den Leistungen und Kosten entsprochen, die der Stadt erwachsen seien. Die Kantonalisierung sei für die Klienten kaum spürbar. Die Sozialkommission werde aufgelöst, weil die angestammten Tätigkeitsfelder nicht mehr vorhanden seien.

Zur Konferenz **„Alt werden in Chur“** fragt Frau **Bandli**, inwiefern die verschiedenen Anbieter auf dem Platz Chur ihre Angebote in Betreuung und Pflege koordinierten. Stadtrat **Jäger** erwidert, die Koordination der Planung sei eine der Hauptaufgaben dieses Gremiums, und diese sei noch verbesserungsfähig.

Imholz fragt nach ersten Erkenntnissen der **Jugendarbeit** und ob die Raumprobleme gelöst werden konnten. Stadtrat **Jäger** erwidert, die vier Jugendarbeitenden hätten ihre Arbeit unter denkbar ungünstigen Umständen aufgenommen. Erste Angebote der Jugendarbeit würden unterschiedlich frequentiert. Er gebe den Jugendarbeitenden vorläufig noch Kredit, um zu beweisen, dass sie etwas könnten.

Frau **Attinger** hat eine Frage zu **Platzierungsmöglichkeiten für Jugendliche**, die aufgrund von Verhaltensstörungen eine psychiatrisch-therapeutische oder eine pädagogische Betreuung benötigten. Die betroffenen Jugendlichen würden heute ausserkantonal platziert, müssten dort jedoch oft den kantonseigenen Jugendlichen den Vortritt lassen. Ob aus diesem Grund einmal eine eigene Einrichtung geprüft worden sei. Stadtrat **Jäger** erwidert, dass diese Probleme stark im Zunehmen begriffen seien und damit auch die Kosten. Es gebe immer mehr Jugendliche, deren familiäres Umfeld derart schwierig sei, dass die Institution Schule mit diesen nicht mehr zu Rande komme. In Chur gebe es das Therapiehaus Fürstenwald, und dieses sei dauernd überfüllt. Die psychiatrische Klinik Waldhaus habe ein Projekt für eine Jugendstation, das allerdings aus Kostengründen sistiert worden sei. Dafür wäre dringender Bedarf, und es sei angesichts der Sparaufträge des Gemeinderats unrealistisch, dass die Stadt solche Angebote schaffe.

Schädler vermisst Aussagen zum **Spitalplatz**, der doch ein rechter Kostenpunkt sei. Stadtrat **Jäger** erwidert, der Spitalplatz sei deshalb nicht als separates Kapitel aufgeführt, weil es sich dabei nicht um eine städtische Verwaltungsabteilung handle.

Frau **Bandli** stellt eine Frage zum neuen Finanzierungsmodell der **Alters- und Pflegeheime**. Der Heimtarif solle kostendeckend sein und nötigenfalls mit Hilfe der kantonalen Ergänzungsleistungen im Einzelfall finanziert werden. Trotzdem führe dieses Modell verschiedene betagte Menschen in finanzielle Engpässe. Stadtrat **Jäger** führt aus, der Kanton habe im Rahmen der Sparmassnahmen seine Beiträge an schwer pflegebedürftige Personen gestrichen, und jene Patienten, die sich dies nicht leisten könnten, müssten durch die Stadt unterstützt werden.

Schädler erkundigt sich nach dem Stand der **Zivilschutzreform**. Stadtrat **Jäger** erwidert, dass der Stadtrat das Amt für Zivilschutz der Stadt per 31. Dezember 2003 aufgelöst habe.

Frau **Attinger** nimmt auf die Ablehnung des Konzessionsvertrags **Müliquelle** durch die Gemeinde Parpan Bezug und möchte wissen, wie es nun weiter geht. Stadtrat **Tremp** erwidert, dass der Stadtrat vom mit 17 zu 16 Stimmen gefällten Entscheid mit Bedauern Kenntnis genommen habe. Drei Gründe hätten zu diesem Entscheid geführt: Die Höhe der Konzessionsgebühr, die freie Quantität des Wassers und die Dauer der Konzession. Man werde in nächster Zeit neue Verhandlungen aufnehmen, immerhin werde das Wasser in der Zwischenzeit weiter fliessen.

Frau **Bandli** fragt zum **Öko-Strom**-Angebot der Industriellen Betriebe der Stadt Chur (IBC), ob sich die Stadt diesem Angebot auch angeschlossen habe. Stadtrat **Tremp** erwidert, die IBC hätten dazu eine Bedürfnisabklärung gemacht, und das Ergebnis sei ernüchternd gewesen. Die Stadt unterstütze aber nach wie vor die Förderung des Ökostroms, und zwei Reservoire der Stadt erzeugten Ökostrom.

Arioli vermisst im Kapitel über die IBC die Erwähnung der **Unwetter** vom 17./18. November, obschon ja das Kraftwerk Rabiosa ausser Betrieb gewesen sei. Er fragt, wie es nun weitergehe mit diesem Kraftwerk. Das Kraftwerk sei Teil der Gemeindekorporation Kraftwerk Chur-Sand und gehöre damit nicht zur Stadtverwaltung, führt Stadtrat **Tremp** aus. Das Sammelbecken sei vollständig mit Schutt aufgefüllt worden. Das Werk Rabiosa stehe still, der Produktionsausfall betrage 9 %. Man sei zum Schluss kommen, dass die wirtschaftlich beste Lösung ein Ersatz des bisherigen Stauwehres durch eine neue Anlage sei.

- Laufende Rechnung

1000.3189, Dienstleistungen Dritter: **Hensel** stellt eine massive Erhöhung gegenüber dem Voranschlag fest. Der **Stadtpräsident** erwidert, dass diese Erhöhung auf das neue Erscheinungsbild zurückzuführen sei, welches heute lanciert wurde. Man sei bei den Arbeiten einfach schneller vorangekommen und werde im nächsten Jahr weniger Ausgaben haben.

1001.3621, Kreisverwaltung: **Lardelli** versteht den Unmut der GPK ob des Defizits. Entgegen dem GPK-Bericht bestehe bei der Amtsvormundschaft kein Handlungsbedarf mehr. Bei der Amtsvormundschaft sei eine Expertise in Auftrag gegeben worden, und als deren Folge seien Stellen geschaffen worden, um eine gesetzeskonforme Amtsführung zu gewährleisten, v.a. im Controlling-Bereich. Bezüglich Kosten des Kreises habe der Stadtrat das Gespräch mit dem Kreisrat und dem neuen Kreispräsidenten gesucht, führt der **Stadtpräsident** aus. Er habe den Eindruck erhalten, dass die Signale des Stadtrates erhört worden seien. Für eine weitergehende Mitsprache durch den Stadtrat sehe er keinen Anlass, diese sei via Kreisrat gewährleistet.

1002, Amtsblatt der Stadt Chur: **Willi** fragt, welche Massnahmen der Stadtrat treffe, um künftig diese Position ausgeglichen abzuschliessen bzw. die Attraktivität des Amtsblatts für Inserenten zu erhöhen. Der **Stadtpräsident** führt aus, dass ein Konzept für ein „neues“ Amtsblatt mittlerweile vorliegt. Was die Kosten betreffe, so habe man einen Vertrag, der bis ins Jahr 2009 daure. Dennoch sei er zuversichtlich, dass dort eine einvernehmliche Lösung erzielt werden könne. Der Stadtschreiber erwähnt die Umfangreduktion, die bereits letztes Jahr eingeleitet worden ist und jährliche Einsparungen von ca. Fr. 100'000.-- bringe. Mit dem neu konzipierten Amtsblatt habe man ursprünglich am 1. September starten wollen, doch habe man inzwischen erfahren, dass die Bündner Woche einen Wechsel ins Tabloid-Format erwäge. Hier würde das Amtsblatt mitziehen, da die BüWo für das Amtsblatt bezüglich Inseraten vital ist. Dadurch ergebe sich voraussichtlich eine Verzögerung für die Einführung des neuen Amtsblatts bis am 1. Januar 2004.

1003, Quartieramt und Truppenunterkunft: Im Bericht sei erwähnt, dass die Durchdiener die Truppenunterkunft immer weniger nutzten und damit die Belegung immer schlechter werde. **Bieler** fragt, ob es eine Möglichkeit gebe, diese Entwicklung aufzuhalten. Der **Stadtpräsident** erwidert, die Erklärung liege bei den Umwälzungen bei der Armee, diese Entscheide lägen nicht im Einflussbereich des Stadtrates.

2021.4330, Beitäge schultherap. Massnahmen: Frau **Bandli** ist die massive Überschreitung dieser Position aufgefallen. Stadtrat **Jäger** erwidert, die erfreuliche Überschreitung sei deshalb erfolgt, weil es eine neue Tarifvereinbarung im Bereich der Logopädie gebe.

2100.3945, Dienstleistungen Amt für Telematik: Frau **Bandli** stellt fest, dass diese Dienstleistungen bedeutend tiefer als budgetiert sind. Stadtrat **Jäger** erwidert, dass einige Vorhaben nicht zur Ausführung gekommen sind.

2410.3650, Beiträge an Spitäler: **Schädler** erkundigt sich nach Einflussmöglichkeiten auf dieses Defizit. Stadtrat **Jäger** bereitet das massive Wachstum bei den Betriebsbeiträgen auch Sorgen. Sowohl bei den Investitionen als auch bei den Betriebsbeiträgen hätten die Gemeinden keine Mitsprachemöglichkeiten.

3044.31882, Entsorgungsgebühren: Frau **Bandli** erkundigt sich, ob nach wie vor Klärschlamm durch die Landwirtschaft bezogen und auf die Felder ausgebracht werde. Stadtrat **Tremp** verneint dies.

3130, Planungskosten: **Lardelli** findet, die Kosten für Planungen hätten exorbitante Ausmasse angenommen. Die aufwändige Broschüre zum Stadtentwicklungskonzept scheine ihm angesichts der bevorstehenden Sparübungen überrissen. Stadtrat **Tremp** teilt Lardellis Ansicht überhaupt nicht. Die Herstellung der Broschüre habe ca. Fr. 10'000.-- gekostet, das sei gut angelegtes Geld, da dieses Papier die Basis für die Überarbeitung von Planung und Gesetzgebung im Rahmen des Pakets 2 sei. Das Stadtentwicklungskonzept sei auch für den Stadtrat ein wichtiges Führungsinstrument, um potenziellen Investoren aufzeigen zu können, wohin man gehen wolle. Die anderen Planungskosten seien sinnvollerweise auf die einzelnen Amtsstellen aufgeteilt worden.

Schädler nimmt Bezug auf S. 95 Verwaltungsbericht, wo das Energiecontracting als Dienstleistung der IBC erwähnt wird. Er frage sich, woraus er die Aufwändungen für das Contracting erkenne, wie die Budgetierung erfolge und wie solche Ausschreibungen erfolgten. Stadtrat **Tremp** erwidert, die IBC selbst investierten nicht in Contracting, das könnten sie auch nicht, sondern sie seien in einem Vertrag mit dem Energieabnehmer. Für die Finanzierung arbeiteten die IBC mit einer Finanzierungsgesellschaft zusammen.

- Investitionsrechnung

302.503.5, Umbau/Renovation Stadttheater: **Lardelli** wartet immer noch auf den Abschlussbericht zur massiven Kostenüberschreitung.

- Nachtragskredite

S. 9, **Lardelli** hat eine Frage zum Nachtragskredit von Fr. 263'000.--, Honorare für Ingenieure und Architekten. Begründet wird dieser mit der Ausführung anderer als der budgetierten Projekte, die genau zum Nachtragskredit geführt hätten. Stadtrat **Tremp** begründet dies u.a. mit wesentlich umfangreicheren Planungsarbeiten bei Grossprojekten.

Schlussabstimmung

Die übereinstimmenden Anträge von Stadtrat und GPK werden in globo und einstimmig zum **Beschluss** erhoben.

b) Bericht zu den hängigen Motionen und Postulaten

Der Stadtrat legt dem Gemeinderat mit dem Verwaltungsbericht 2002 den Bericht zu den hängigen Motionen und Postulaten vor.

- Postulat Zürcher betreffend neue Aktiengesellschaft Stadthalle Chur AG

Der Stadtrat beantragt, dieses Postulat abzuschreiben.

Zürcher wendet sich gegen die Abschreibung seines Postulats. Er verlange in seinem Vorstoss vom Stadtrat die verbindliche Zusage, dass bei einer sofortigen Realisierung des im GEP vorgesehenen Parkhauses durch einen Investor die Stadt für allfällige Mehrkosten, verursacht durch eine mögliche Bauverzögerung im Zusammenhang mit archäologischen Untersuchungen, diesem grosszügig entgegenkomme.

Angesichts der zurückgegangenen Belegungen der bestehenden Parkhäuser beurteile der Stadtrat eine Realisierung eines Parkhauses an diesem Standort als sehr unwahrscheinlich, führt der **Stadtpräsident** aus. Dies sei der Hauptgrund für den Antrag auf Abschreibung gewesen.

Abstimmung:

Die Abschreibung wird mit 15 gegen 1 Stimme bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

- Postulat Hächler betreffend Veloverbindung Neustadt - Innenstadt und Bahnhoferschliessung

Der Stadtrat beantragt, dieses Postulat abzuschreiben.

Steidle wendet sich gegen die Abschreibung des Postulats.

Abstimmung:

Das Postulat wird mit 9 gegen 5 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgeschrieben.

- Postulat Ullius betreffend Positionierung Altstadt Chur im Rahmen des Stadtkonzeptes

Der Stadtrat beantragt, dieses Postulat abzuschreiben.

Ullius stellt Antrag auf Nichtabschreibung. Im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts würden zwar einige wenige Aussagen zur Altstadt gemacht, doch reiche das nicht aus für eine Abschreibung.

Stadtrat **Tremp** meint, die Positionierung im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts, wie sie das Postulat fordere, sei erfolgt. Er verweist auch auf die Revision des Baugesetzes, die eingeleitet wurde.

Abstimmung:

Die Abschreibung des Postulats wird mit 13 gegen 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

3. Teilrevision der Verordnung über die Schulzahnpflege (inkl. Bericht zur Motion Fred Bieler); Bericht der gemeinderätlichen Vorberatungskommission

Die Kommission stellt dem Gemeinderat einstimmig folgende Anträge:

1. Auf die Vorlage sei einzutreten.

2. Die Teilrevision der Verordnung wird in folgender Form genehmigt *(im Vergleich zum Vorschlag des Stadtrates soll die Reihenfolge von Abs. 2 und Abs. 3 vertauscht werden)*:

   Art. 6

   Behandlung [1] In der Schulzahnklinik werden Zahn- und Zahnfleischerkrankungen sowie unfallbedingte Zahnschäden behandelt.

   [2] Die Behandlungen sind nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen mit Schwergewicht auf die Prophylaxe durchzuführen.

   [3] Die Schulzahnklinik kann die Behandlung von Anomalien von Zahn- und Kieferstellungen selbst anbieten.

3. Ab 1. Januar 2004 hat die Schulzahnklinik ihre Rechnung nach dem Prinzip der Kostenrechnung in Sparten zu führen. Dabei muss der Kostendeckungsgrad der Kieferorthopädie im Minimum 100 Prozent betragen.

4. Die Motion von Gemeinderat Fred Bieler, eingereicht an der Sitzung vom 13. März 2003, wird überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.

Kommissionspräsident **Bieler** meint, zwar könnten die ortsansässigen Kieferorthopäden auch die Patienten der Schulzahnklinik behandeln, doch bedeutete dies eine weitere Verlängerung der Wartezeiten, die jetzt schon an der oberen Grenze seien. Von einer Wiedereinführung der Kieferorthopädie an der Schulzahnklinik profitieren würde v.a. die Churer Jugend, denn damit könnte die Beratungs- und Behandlungskompetenz gesteigert werden.

Die von der Finanzkontrolle für die Kommission erstellte Kostenstellenrechnung zeige unter Berücksichtigung des Standortes Lindenquai auf, dass das Defizit der ganzen Schulzahnklinik um ca. Fr. 120'000.-- vermindert werden könnte, führt Mitglied **Imholz** aus. Er sei der Ansicht, dass die Zahlen realistisch und korrekt berechnet worden seien. Es sei auch berücksichtigt worden, dass die Beiträge von 25 % an die kieferorthopädischen Behandlungskosten durch die Stadt aufgrund der erfolgten Verordnungsänderung künftig entfallen. Von entscheidender Bedeutung sei auch, dass die zu wählende Person die in sie gesetzten Erwartungen erfülle. Die von der Kommission beantragte Kostenstellenrechnung ermögliche eine Kontrolle der erwähnten Annahmen. Nachdem bereits die Planung für den neuen Standort Lindenquai unter

Einbezug des Angebots Kieferorthopädie erfolgt sei, wäre die neue Klinik im Falle der Ablehnung des Kommissionsantrags zu gross.

Die FDP-Fraktion ist nach **Willi** nach wie vor der Ansicht, dass die Kieferorthopädie nicht zu den Kernaufgaben der Stadt gehöre und auch der Bedarf inkl. Triage durch die privaten Kieferorthopäden abgedeckt werden könnte. Wichtiges Argument für die Zustimmung zum Antrag der Kommission sei die prognostizierte Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Schulzahnklinik.

Schlussabstimmung:

Der Antrag der Vorberatungskommission wird einstimmig und in globo zum Beschluss erhoben.

4. Schriftliche Anfrage Frau Cavegn Hänni betreffend Strassensanierungen in Chur; Beantwortung

Keine weiteren Fragen.

Anschliessend verabschiedet der Gemeinderatspräsident die Mitglieder **Ernst Casty** und **Peter Suter**, je unter kurzer Würdigung ihrer politischen Laufbahn.

Information zum Medienzentrum SRG SSSR idée suisse / Verwaltungsgebäude Untertor

Da das Bauvorhaben demnächst amtlich publiziert wird, orientiert der Stadtrat den Gemeinderat über den aktuellen Stand. Der **Stadtpräsident** referiert zum Stand der Vertragsverhandlungen, zum Raumprogramm, zu den Provisorien für das Gebäude Masanserstrasse 2 während der Bauzeit und zum Zeitplan. Stadtrat **Tremp** erläutert die Pläne und die beiden Bauprojekte und vermittelt einen Eindruck, wie die Überbauung dereinst aussehen wird.

Chur, 29. Juli 2003

Der Stadtschreiber:

Markus Frauenfelder